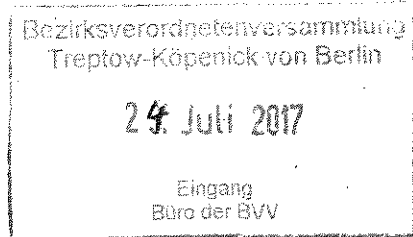


Vorsteher der BVV
Herrn Groos

über
BzBm

74



Beantwortung der **Kleinen Anfrage Nr. KA VIII/0203** des Bezirksverordneten
Herrn Markus Föhrenbach Fraktion der CDU vom 22.06.2017

Kindertagesstätten – Personal

Unabhängige Prüfer deckten in Hamburg, Berlin und Nordrhein-Westfalen auf, dass in vielen Kindertagesstätten weniger Erzieher / Erzieherinnen arbeiten als durch die Mindestpersonalverordnung vorgegeben. Außerdem wurde durch den Landesrechnungshof in Berlin festgestellt, dass die öffentlich Hand für Fachpersonal mitbezahlt, dass es nicht gab.

Ich frage das Bezirksamt:

1. Wie sind die Ist-Zahlen des Personalbestandes der einzelnen Kindertagesstätten in Treptow-Köpenick und wie lauten die Soll-Zahlen nach der Mindestpersonalverordnung aufgelistet
 - a) pro Kindertagesstätte in kommunaler Trägerschaft und
 - b) je Kindertagesstätte in freier Trägerschaft?
2. In welcher Form und wie oft werden die Personalbestände kontrolliert?
3. In welcher Form werden die Zahlungen für Fachpersonal vorgenommen und dementsprechend gegengeprüft.

Hierzu antwortet das Bezirksamt

Zu 1 und 2:

Für die Überprüfung dieser Fragen ist die Senatsverwaltung für Bildung Jugend und Familie zuständig.

Der Senat wertet zurzeit die zum Erhebungsstichtag 15. März 2017 eingegangenen Meldungen der Träger zum Ist-Stand des Personals auf der Ebene der Einzereinrichtung aus. Diese Auswertung hat einen erheblichen zeitlichen Aufwand zur Folge, da jeweils ein manueller Abgleich zwischen Belegung und Personal-Ist zum Stichtag erfolgen muss. Bei unterjährigen anlassbezogenen Prüfungen gemäß § 47 SGB VIII werden von der Kita-Aufsicht jeweils aktuelle Personalgesamtmeldungen für die Einrichtung angefordert und geprüft. Hierbei steht stets der Schutz der Kinder in den Einrichtungen im Vordergrund.

Qualitative, quantitative und strukturelle Weiterentwicklungen des gesamten Kita-Systems haben erkennen lassen, dass auch an das Thema „Personal in Tageseinrichtungen“ neue Anforderungen gestellt werden. Aus diesem Grund wurden die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen, um die Einführungen eines IT-gestützten Personalmoduls im Jahr 2018 zu ermöglichen. Zusätzliche detailliertere Ausführungen insbesondere eine Aufstellung über alle Einrichtungen zu diesem Punkt der Anfrage sind daher aktuell nicht möglich.

Zu 3.:

Im Land Berlin wird eine platz- und kindbezogene Finanzierung zur Förderung von Tageseinrichtungen auf der Grundlage einer landesweiten Leistungsvereinbarung (Rahmenvereinbarung über die Finanzierung und Leistungssicherstellung der Tageseinrichtungen, kurz RV Tag) praktiziert. Die Finanzierung der Betriebskosten (Personal- und Sachkosten) erfolgt dabei für das jeweilige betreute Kind in Abhängigkeit vom Alter und der Dauer des in Anspruch genommenen Platzes nach differenzierten Kostensätzen. Unter Einbeziehung einer Eigenleistung der Träger werden 93 Prozent der Kostensätze erstattet (inkl. der Elternkostenbeiträge nach dem Tagesbetreuungskostenbeteiligungsgesetz -TKBG). Neben den Kostensätzen sind im Kostenblatt der RV Tag auch die Stellenanteile je Kind (differenziert nach Alter und Betreuungsumfang) in Anlehnung an die in § 11 Kindertagesförderungsgesetz (KitaFöG) definierte Personalausstattung konkretisiert. Mit Hilfe dieser Stellenanteile sowie der erfassten Betreuungsverträge lässt sich der pädagogische Personalbedarf in den Kindertageseinrichtungen ermitteln. Ergänzend zu anlassbezogenen Prüfungen erhebt die für Jugend zuständige Senatsverwaltung gemäß der Meldepflichten nach § 47 Sozialgesetzbuch VIII (SGB VIII) im Rahmen einer Stichtagsmeldung zum 15. März einmal jährlich schriftlich das Personal-Ist in allen finanzierten Kindertageseinrichtungen. Darüber hinaus sind die Träger verpflichtet, auch unterjährige Personaländerungen gemäß § 47 SGB VIII zu melden.

Die Träger sind rechtlich sowohl über das KitaFöG als auch nach der Kindertagesförderungsverordnung (VO KitaFöG) verpflichtet, den dort festgelegten Personalstandard einzuhalten. Selbstverständlich kann es zu nicht planbaren Stellenvakanzen im Kitaalltag kommen. In diesem Fall ist der betroffene Träger verpflichtet, unverzüglich alles ihm Mögliche zu unternehmen, um eine schnelle Besetzung freier Stellen zu erreichen. Die Träger sind dagegen nicht angehalten, in der Zwischenzeit bereits belegte Kita-Plätze gegenüber den Familien zu kündigen, um auf diesem Wege eine temporäre und unverschuldete Unterschreitung der Personalquote auszugleichen. Dies wäre auch nicht im Interesse des Landes Berlin. Somit stellt der Träger die Betreuung des Kindes gemäß des mit den Eltern geschlossenen und mit Gutscheinen bestätigten Bedarfs weiter sicher und es werden daher nicht „ohne Rechtsgrund“ weitere Mittel an den Träger überwiesen.

Zusammenstellung der Kosten für die Beantwortung der Kleinen Anfrage:

"Kostenausweisung auf Basis des aktuellen Rundschreibens der Senatsverwaltung für Finanzen II B -H 9440 – 1/2015-2 vom 8. Februar 2016":

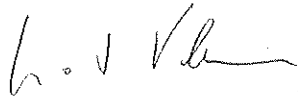
Zur Erstellung dieser Antwort auf die Kleine Anfrage hat

eine Angestellte im höheren Dienst (Jugendamt) 45 Arbeitsminuten (entspricht x 77,80 € = 58,35 €)

aufgewendet - damit entstanden Gesamtkosten in Höhe von 58,35 €.

Dazu kommen Kosten bei BzBm, Büro BzBm und Büro BVV in Höhe von 27,21 €.

Damit ergeben sich Gesamtkosten in Höhe von 85,56 €.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'G. Klemm', written in a cursive style.

Gernot Klemm
Bezirksstadtrat